

Zeitschrift: Bündner Jahrbuch : Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens
Herausgeber: [s.n.]
Band: 36 (1994)

Artikel: Sommer 1993
Autor: Metz, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-972093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sommer 1993

Tagebuchnotierungen von Peter Metz

Die Balkantragödie

Seit zwei Jahren steht die Welt im Banne des fürchterlichen Geschehens, das auf dem Balkan die dort lebenden Völker heimsucht, sie durch Mord, Zerstörung, Vertreibung ihres Daseins beraubt und ihre Ausrottung herbeiführt. Dies alles vollzieht sich in nächster Nähe Westeuropas, ohne dass dieses dem entsetzlichen Morden Einhalt gebietet und ordnend eingreift, wo nur eine äussere Ordnungsmacht überhaupt in der Lage wäre, die Dinge zu meistern. Gegen die westlichen Staatsmänner richtet sich denn auch der Vorwurf des Versagens, und nicht zuletzt hierzulande ist der abschätzigste Vorhalt vernehmbar, das Balkandrama bewiese, dass ein «vereinigtes Europa» ja zu nichts nutze sei.

Ein vereinigt und wirksames Eingreifen auf dem Balkan, nämlich durch militärische Intervention, wäre heute und in Zukunft nur möglich, wenn Europa kraft seiner Organisation dazu berechtigt und in der Lage wäre. Solange alle Staaten Europas, souverän wie sie sind, selbständig wirken und handeln, jeder von ihnen mit seinen eigenen inneren Problemen, Nöten und Sorgen belastet, solange erscheint es völlig undenkbar, dass dieser Kontinent befähigt ist zu einem gemeinsamen, alle Staaten verpflichtenden Handeln. Dazu bedarf es vorerst einer bindenden Verpflichtung, d. h. einer Unterordnung jedes Staates unter eine gemeinsame Doktrin. Diese müsste so lauten: Alle Mitgliedstaaten haben sich u. a. zu einem Schutz ihrer Bürger und insbesondere ihrer Minderheiten zu verpflichten und in diesem Bereich ihre staatliche Souveränität zu opfern. Dann, aber nur dann

sind die Staaten der Gemeinschaft berechtigt, aber auch verpflichtet, diesen Minderheitenschutz in jedem Staat der Gemeinschaft durch Zwangsgewalt zu gewährleisten, sofern der einzelne Staat sich hiezu als unfähig erweist, oder selbst gegen diese Grundsätze verstösst. Mit anderen Worten: Europa und die Welt kennen zwar hehre Grundsätze des Schutzes des Menschen vor Zwang und Gewalt, aber wir besitzen keine Macht, diesen Schutz zu gewährleisten.

Es muss deshalb in Europa eine bindende höhere Gemeinschaft entstehen, die an der Stelle der Einzelstaaten in den Grundfragen des Gemeinschaftslebens (militärische Sicherheit, Wahrung der Menschenrechte, Konfliktvermeidung, Umweltschutz, Atomenergieschutz, Verkehrswesen) für Ordnung sorgt, und zwar so, dass kein Mitgliedstaat der Gemeinschaft dieser hinfert entsagen kann. Wie diese Gemeinschaft gestaltet wird, ob als Vertragsgemeinschaft, als Staatenbund, als Bundesstaat, ist nicht entscheidend. Wichtig ist einzig, dass er die Mittel für rasche Entscheidungen und deren Durchsetzung besitzt.

Europa muss sich baldmöglichst so formieren, denn es ist höchste Zeit hierzu. Gewaltige Gefahren bedrohen die Existenz unseres Kontinentes, als da u. a. sind klaffende Minderheitenprobleme in vielen Staaten, gefährvolle Umweltsprobleme und die Notwendigkeit einer ausreichenden militärischen Sicherung unseres Lebensraumes. Nur auf diesem Wege wird Europa auch in der Lage sein, der übrigen Welt jene Hilfe zuteil werden zu lassen, die ihm möglich ist und zu der

Europa berufen sein wird. Die Welt steckt in einem Wust von unendlichen Gefahren, die zu kriegerischen Auseinandersetzungen noch und noch führen können. Allein schon aus dem Wassermangel, unter dem vor allem der nahe Orient leidet, droht unweigerlich, ein Krieg mit gegenseitiger Vernichtung zu entstehen. Dann die Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern, die Hungersnöte, die Vernichtung der Vegetation durch Rodung und Übernutzung, um nur sie zu nennen. Dies alles erfordert gemeinsame Anstrengungen, die nur durch eine entsprechend organisierte Völkergemeinschaft erbracht werden können. Die einzelnen Staaten sind hiezu unfähig oder stehen diesen weltweiten Aufgaben gar entgegen. Bindende Gewalt von seiten einer weltweiten Gemeinschaft, die ihrerseits handlungsfähig ist, bildet das einzige Mittel zur Verhinderung eines Kollapses, der unweigerlich eintreten wird, wenn die Völker nicht geführt und in Zaum gehalten werden.

Mag der Einzelne, namentlich in der Schweiz, derartige Überlegungen als illusionär betrachten: kein anderes Vorgehen kann die Menschheit an der Katastrophe vorbeiführen. Doch jedes Staatswesen, namentlich in Europa, muss sich als fähig erweisen, diese Perspektiven zu erkennen und seinen Beitrag für eine gemeinsame Zukunft zu leisten. Dieser Beitrag aber für die Staaten der Gemeinschaft kann nur heissen: Verzicht auf die eigenen Egoismen.

Juni 1993

Die Verwöhnten

Uns Schweizern ist es in den siebziger und achtziger Jahren bestens ergangen: wirtschaftliche Konjunktur ohnegleichen, Expansion allenthalben, keine Arbeitslosigkeit, Wohlstand in sozusagen allen Schichten, Vielverdienertum in weiten Kreisen. Dazu das verbreitete Gefühl, für das Land beständen ausser der Drohung des kalten Krieges keine ernstzunehmenden Gefahren. Und siehe da, selbst diese Ängste von einst haben sich durch den Zusammenbruch der kommunistischen Gewaltherrschaften verflüchtigt (Zwischenfrage: für wie lange?). Nichts jedenfalls bedeutete für unser Volk und unser Land seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine ernste Herausforderung, nichts zwang uns zu Einschränkungen, nichts mahnte uns zu Verzicht. Vorsorge für den «Ernstfall» war nicht mehr gefragt, jeder Einzelne und das ganze Volk durften sich ihrer Freiheit, ihres Daseins ohne besondere Belastungen erfreuen. Wir sind vom Schicksal verwöhnt worden und durften die uns geschenkten Freiheiten geniessen.

Nun aber wissen wir aus Erfahrung, wissen es aus zahlreichen Ermahnungen grosser Gestalten des geistigen Lebens, der alten Propheten etwa, der grossen Pädagogen und Soziologen, dass Freiheit zwar ein köstlich Gut, jedoch eine gefährliche Droge ist. Wenn sie in unbeschränktem, ungebundenem Mass gehandhabt und genossen wird, droht sie uns zu züchtigen. Der Gegenpol der Freiheit muss in Selbstzucht, Verantwortungsgefühl, Unterordnung bestehen. Diese korrigierenden Gegenpole sind aber nicht wie die Ungebundenheit und das Freiheitsempfinden gewissermassen naturgegeben vorhanden, sondern müssen uns Menschen anerkennen und aufertragen werden. So besteht schon die Erziehung jedes Kindes in der Gehorsamspflicht, in der Erfüllung von Aufgaben, in der Sinngebung für Rücksichtnahme und Anstand. Eltern, die ihr Kind einfach gewähren lassen, sich zur antiautoritären Erziehung bekennen, das Kind verwöhnen, machen es

zu einem unerträglichen Wesen, zu einem Menschen, der nur sich selbst gelten lässt, der sich alle Genüsse verschaffen will, keine Verzicht auf sich zu nehmen bereit ist und in seinem geniessenden Dasein, weil jeder Genuss die Sucht zu weiterem Genuss weckt, tief unglücklich und letzten Endes sozial unerträglich wird.

Nicht nur der einzelne Süchtige, unser ganzes Volk steht in der Gefahr, sich in übermässigen Freiheiten zu verlieren, steht vor der Drohung, den Süchten der Ungebundenheit, der Disziplinlosigkeit, der reinen Egoismen zu erliegen. Wir Schweizer sind seit dem Zweiten Weltkrieg ein vom Schicksal verwöhntes, die uns geschenkten Freiheiten geniessendes, höhere Pflichten oft verneinendes Volk geworden. Wenn ein Drittel unserer Stimmbürger die Unausweichlichkeit einer militärischen Landesverteidigung verneint, so nicht aus höheren Einsichten, sondern aus Bequemlichkeit und leichtsinniger Pflichtmissachtung. Und sogar wenn unsere Soldaten und gar die Offiziere unserer Armee seit kurzem in ihrem Ausgang ohne Police, ohne jede Kopfbedeckung auftreten, obwohl eine solche ein ganz selbstverständliches Attribut einer Uniform bildet, so weil es ihnen unverständlicherweise so erlaubt wurde und sie sich dieser Bequemlichkeit ihres militärischen Daseins ungebunden erfreuen. Doch stellt dies alles im Grunde eine Disziplinlosigkeit dar, so gut wie unsere SBB-Schaffner sich ebenfalls ihres Hutes entledigt haben, nicht achtend, dass sie als Träger amtlicher Aufgaben für einen reibungslosen Ablauf des Verkehrs verantwortlich und den Zugsinsassen gegenüber mit Befehlsgewalt ausgerüstet sind; das erfordert von ihnen ein entsprechendes Auftreten. Was würden wir sagen, wenn auch noch unsere Polizeikräfte, ungebunden und disziplinos, zwar uniformiert, jedoch ohne Kopfbedeckung ihren dienstlichen Aufgaben obliegen würden?

Unser Volk gibt sich trotz allen Freiheiten weitgehend freudlos und dafür

genusssüchtig. Allenthalben florieren die Discos mit ihrem mörderischen Lärm und ihrem Lichtflimmer, und inzwischen hat die Stimmbürgerschaft auch in Casinos das Geldspiel im grossen Stil zugelassen, als kenne man für schwache Menschen nicht die riesigen Gefahren, die hieraus entstehen können. Und unsere offizielle Drogenpolitik? Sie huldigt wohl bald allgemein der Freigabe, ohne Rücksichtnahme darauf, dass unser Land um die 30 000 Abhängige aufweist, drei Divisionen junger Menschen, die, weil sozial verkommen, «abgeschrieben» werden sollen.

Von Freundesseite bin ich auf einen Aufsatz in der «Ärzte-Zeitung» aufmerksam gemacht worden, dessen Lektüre mich tief beeindruckte. Der Verfasser, Dr. med. Alfred Stucki, Spezialarzt FMH für Psychiatrie und Psychotherapie, Thun, weist in seiner Arbeit mit dem Titel «Verwöhnte mit Verwöhnung heilen?» eindrücklich darauf hin, dass auch die Drogensucht in erster Linie ein Problem der Verwöhnung darstelle: der Junge, oft verführt von seinesgleichen, will sich jeden Genuss verschaffen, er genießt seine Freiheit in ungebändigtem Genuss der Droge und will sich anschliessend nicht entwöhnen lassen. Die Gesellschaft aber und der Staat zeigen sich den jungen Süchtigen gegenüber von absoluter Schwäche, vermeiden die Repression und helfen so mit, dass die Drogensucht zu einer wahren Landeskatastrophe sich auswächst. Wir vermeiden jede Härte und Strenge und ergreifen die Flucht vor der Verantwortung gleich schwachen Eltern, die ihren Kindern nicht Führung, Zucht und Richtungsweisung geben. Früher hat man hierzulande die Liederlichen und Arbeitsscheuen nach Realta befördert, heute duldet man die soziale Verkommenheit in den Städten und schert sich kaum darum, ihr durch Zwang zu begegnen. Die Not wird über uns alle kommen, wenn wir uns nicht Einhalt gebieten.

Juni 1993

Über das Wirken von Querschlägern

Ein kleines, unschuldiges Geschreibsel, das ich als Leserbrief in einer Churer Tageszeitung veröffentlichte, hat mir anschliessend hieran so mannigfache Zustimmung eingetragen, dass ich doch noch einiges hierüber festhalten und meine Betrachtungen daran anschliessen möchte.

Begonnen hat das Ganze mit einem Besuch, den ich einem jungen Freund auf dem Land machte und in dessen Verlauf ich Ungünstiges in reichem Mass über die Haltung und das Benehmen einiger Junger in dieser Gemeinde vernehmen musste. Es summierte sich dies bei mir mit früheren Erfahrungen, wonach es da und dort die jungen Lehrer seien, die, frisch vom Seminar her, durch eine merkwürdige politische Gesinnung auffielen, sich durch ein stures Bekritteln und hämisches Herabzerren unserer öffentlichen Institutionen wichtig machen. Im vorliegenden Fall freilich sollen es, nach der Mitteilung meines jungen Freundes, nicht seminarfrische Junglehrer sein, die durch ihre Verhaltensweise den Ärger ihrer Mitbürger erwecken, sondern der eine und andere Seminarlehrer selbst. Ihr Gehabe sei aufreizend negativ, heruntermachend, stur unkonformistisch («Wir sind einfach gegen alles», war ihre Erklärung), sodass mit ihnen ein vernünftiges Gespräch über öffentliche Belange nicht geführt werden könne.

Solches hat es gewiss immer gegeben. Immer wieder gibt es Leute und namentlich Junge, die mit der Welt, wie sie sich ihnen darbietet, nichts anzufangen wissen und sich ihr gegenüber sogar in einer wahren Hasseinstellung ergehen. Da ist es bei ihnen der Staat mit allen seinen Funktionen (lästig hin und wieder für jeden von uns), der korrupt und nichts nutz sei, da ist es die Lobby der Industrie- und Finanzwelt, welche uns ausbeute, ist es die Umwelt, welche zusehends verschandle, ist es kurz alles und jedes, was unsern Zorn entfacht. Mag in vielen dieser Anklagen ein wahrer Kern enthalten sein, so ist das Gerede darüber summiertes Gift, das lähmend und enervierend wirkt. Namentlich

für Schüler, die noch ungefestigt und beeinflussbar sind, kann diese Einstellung von Lehrern sich verhängnisvoll auswirken. In einer Diktatur mag eine solche Auflehnung der Jungen verständlich und sogar richtig sein, verschafft diese Staatsform den Untertanen doch keine andere Form des Widerstandes. Die Demokratie indessen ist auf die Mitarbeit aller angewiesen, und Kritik kann sich bei ihr in politischen Aktionen niederschlagen. Doch geht jeder fehl, der ohne öffentliche Verantwortung zu übernehmen und zu tragen, einfach kritisiert und lästert. Er fördert damit ein Klima, das letzten Endes die Demokratie untergräbt. Zweifel in diese Staatsform zerstören das Vertrauen in sie und ebnen allen antidemokratischen Kräften den Boden für ihre Ziele.

Es geht deshalb niemals an, dass unsere Lehrerausbildungsstätte geprägt wird von Lehrerpersönlichkeiten, die ernste Zweifel in ihre demokratische Gesinnung setzen. Sie sind Verderber unserer Jugend. Keine Gesellschafts- und Staatsform verlangt nach grösseren erzieherischen Mitteln als die Demokratie. Dass an unserm Lehrerseminar anscheinend manches nach dieser Richtung hin zu beanstanden ist, haben mir zustimmende Äusserungen zu meinem Leserbrief bestätigt. Es sei höchste Zeit, dass dieses Thema aufgegriffen worden sei, hiess es da übereinstimmend. Nun, ich bin nicht Zensor dieser Schulanstalt und möchte deshalb antworten: Es scheint mir höchste Zeit zu sein, dass die Leitung dieser Anstalt ihres Amtes walte.

Juni 1993

Marktwirtschaft in Graubünden

Die Gegenwart überhäuft uns mit einer Fülle schier unlösbarer Probleme, und namentlich die Gemeinwesen, Bund, Kantone und Gemeinden, wissen kaum noch, wie alles, was an Aufgaben an sie herantritt, lösbar sein könnte, ohne vollens in eine reine Staatswirtschaft hinein zu schlittern. Marktwirtschaft steht demgegenüber als Theorem hoch im Kurs, doch scheinen wir weit von diesem Ideal entfernt zu sein. Deshalb ist von jedem Einzelnen Besinnung und Umdenken erforderlich.

Einer der originellsten Um- und Vordenker, der sich hierzulande immer wieder vernehmen lässt, scheint mir Walter Wittmann zu sein, und kaum je fällt eine Äusserung oder Stellungnahme von seiner Seite, ohne dass sie unser Interesse wecken würde. Das trifft für mich auch für seine unlängst publizierte Forderung zu, Graubünden möge in umfangreichen Sektoren seines öffentlichen Wirkens eine «Privatisierung» anstreben und auf diese Weise den Staat zugunsten der Privatwirtschaft abbauen. Als Beispiele nennt er

die Rhätische Bahn, ferner die Gebäudeversicherungsanstalt, die Kantonale Bank und zahlreiche weitere Bereiche der staatlichen Tätigkeit von heute. Alles Wirken, so meint Wittmann, sollte nach privatwirtschaftlichen Überlegungen vor sich gehen, dem Staat verblieben auf diese Weise eigentlich nur noch seine ursprünglichen Sparten, als da sind Polizei, Justiz, Strassenwesen usw.

So interessant die Darlegungen des Wirtschaftstheoretikers Wittmann sind, weisen sie den Fehler auf, dass sie den historischen Wurzeln der anvisierten Institutionen und auch ihrer ungeschmälernten Bedeutung für die bündnerische Volkswirtschaft in keiner Weise gerecht werden. Ohne staatlichen Einstand hätten diese «Unternehmen» niemals gegründet werden können. Die ehemalige Brandversicherungsanstalt (heute Gebäudeversicherung) beispielsweise musste vor 80 Jahren gegen den heftigsten Widerstand der damals wirkenden Privatversicherungsgesellschaften ins Leben gerufen werden, und zwar im In-

teresse des ganzen Volkes. Seither hat sie nicht nur ihre Aufgabe bestens erfüllt, sondern leistete aus ihren Ergebnissen Beiträge an die öffentliche Hand (für den Brandschutz zum Beispiel), wie sie einer Privatversichererin niemals auferlegt hätten werden können. Gleich verhält es sich mit der Kantonalbank, der Rhätischen Bahn und andern in staatlichen Händen befindlichen Instituten (wozu auch z.B. das Frauenspital gehört). Sie alle erbringen der Öffentlichkeit, also dem Volk Bündens, Leistungen, wie sie einem Privatunternehmen niemals zumuten wären. Es erscheint deshalb völlig abwegig, diese bewährten Institute je in Privathand überführen zu wollen, es würde dies dem Charakter Bündens völlig widersprechen und wäre zudem politisch niemals machbar.

Machbar hingegen wären durchaus andere Privatisierungen, und im Zusammenhang mit dem Lesen des Aufsatzes von Wittmann sind mir einige Beispiele hierfür aufgestiegen, die es angesichts der Überlastung des Staates mit alten und neuen Aufgaben zu bedenken geben müsste.

So verfügen die grossen Anstalten Realta und Waldhaus über grosse Landwirtschaftskomplexe, die einst für die Beschäftigung der Insassen notwendig waren. Heute ist dies jedoch nicht mehr der Fall, sie werden vielmehr betriebswirtschaftlich genutzt. Eine öffentliche Bedeutung haben sie nicht mehr, denn die Aufgabe des Kantons besteht keineswegs in der Bewirtschaftung landwirtschaftlichen Bodens (eine Ausnahme gilt für den Plantahof). Es schiene deshalb durchaus angebracht, diese grossen Bodenflächen zu verpachten und sie durch Privathand bewirtschaften zu lassen. Auf diese Weise liesse sich der staatliche Aufwand abbauen, und grosse Geldmittel könnten eingespart werden.

Das Strassenverkehrsamt sodann weist einen Aufwand von jährlich 47 Millionen Franken auf, wovon die Gehälter des Personals rund 5,5 Millionen Franken ausmachen. Einige Aufgaben dieses mächtigen Verkehrsamtes liessen sich jedoch ohne Schaden privatisieren, so z.B. die periodische

Zulassungskontrolle der Fahrzeuge. Sie geschieht heute im Gegensatz zu früher amtlich, d.h. durch einen beträchtlichen Stab von Funktionären. Nichts indessen würde fehl gehen, wenn die nämliche Aufgabe den privaten Autobetrieben überlassen würde, die ja schon heute z.B. die Abgaskontrollen besorgen. Dem Staate selbst verbliebe so nur die Erteilung der Prüfungskonzessionen an die Betriebe und die Kontrolle darüber, ob sie ihre Aufgabe ordnungsgemäss erfüllen. Im Bereich des Unterhaltes der elektrischen Stromanlagen geschieht das nämliche schon seit eh und je zur absoluten Zufriedenheit.

Auch der winterliche Strassenunterhalt liesse sich unschwer in private

Hand überführen, verfügen die einheimischen Baufirmen doch im Winter über grosse unausgenutzte Arbeitskapazitäten und zudem über die für die Schneeräumung notwendigen Maschinen. Weshalb staatliche Funktionäre halten, die in den Sommermonaten kaum angemessen beschäftigt werden können?

Das sind nur einige Beispiele von Privatisierungsmöglichkeiten. Sie liessen sich unschwer vermehren. Der Staat wäre angesichts der gewaltigen Last von Aufgaben, die er zu erfüllen hat, gut beraten, sich jener zu entledigen, die zweckmässigerweise von der privaten Hand übernommen werden können.

Juni 1993

Zur Churer Stadtgeschichte

Vor kurzem ist die neue zweibändige «Geschichte der Stadt Chur» erschienen und erfordert unser Interesse hierfür. Denn ein Gemeinwesen von der Bedeutung Churs verdiente schon längst eine historische Gesamtbeurteilung seiner reichen Vergangenheit, und es mag verwundern, dass die Öffentlichkeit sich bis fast zum Ende des 20. Jahrhunderts auf die Erfüllung dieses Wunsches gedulden musste. Wäre es nicht der Calven Verlag gewesen, der schon vor dreissig Jahren die Stadtväter aus dem Busch klopfte und ihre Gewogenheit für eine Erarbeitung und Herausgabe einer Stadtgeschichte weckte, wer weiss, ob nicht heute noch in der Kapitale historische Dürrezeit herrschte? So aber konnte der Calven Verlag vor 17 Jahren einen ersten und im Jahre 1986 einen zweiten von im ganzen geplanten vier Bänden einer modernen Churer Stadtgeschichte herausgeben.

Der erste dieser beiden Bände, verfasst von Christoph Simonett, der die Stadtentwicklung «von den Anfängen bis ca. 1400» zum Gegenstand hat, fand nicht den Gefallen namentlich der jungen Historiker. Da zur Zeit seiner Bearbeitung noch verhältnismässig geringe Ausgrabungsergebnisse, wie sie in den letzten zwanzig Jahren

gerade in Chur in reichem Mass erhoben wurden, vorlagen, musste Simonett sich mit dem wenigen begnügen, was ihm an greifbaren Zeugnissen aus dem Einst vorlag. Er erlaubte sich indessen, bestehende Lücken durch selbständige Betrachtungen zu schliessen. Sie vor allem waren es, welche jene Spezialisten, die den Ausgrabungen obliegen, in Harnisch brachten. Sie wünschten deshalb, im Rahmen einer neuen geschichtlichen Darstellung die von Simonett begangenen «Fehler» ausbügeln zu können. Ihr Begehren fand bei den Stadtvätern denn auch Gehör, so dass die von ihnen veranlasste Neuauflage der «Churer Stadtgeschichte» die Historiker in reichem Mass zu Worte kommen lässt.

Doch erheischte dieses inhaltliche Verbesserungsbedürfnis nicht nur eine Neugestaltung der Altertums- und des frühen Mittelalters, wie sie Simonett in seinem Band erarbeitet hatte, sondern die «Verantwortlichen» der Stadt Chur wollten dem gesamten Geschichtswerk eine gänzlich neue Gestalt geben: modern, reich illustriert, ins Gewand eines Bestsellers gekleidet. Dieses Vorhaben darf gewiss als grosso modo geglückt bezeichnet werden. Die beiden Bände

des Werkes umfassen ferner nicht nur die ganze Geschichte Churs bis zur Gegenwart (sodass also nicht vier Bände hierfür erforderlich sind), sie stellen nach Format und Typographie ein zeitgemässes Produkt dar. Den heutigen Tendenzen entspricht diese Modernität denn auch, neigt diese Historiographie doch mehr dazu, dem Bildmaterial fast mehr Gewicht beizumessen als dem verbalen Inhalt des Werkes. Auf dem Markt scheint sich am leichtesten durchzusetzen, was möglichst viele Bildli bringt. Nach dieser Richtung hin erscheinen die beiden nun vorliegenden Bände durchaus zeitgemäss und verdienen Anerkennung.

Über ihren Inhalt will ich mich vorsichtig und zurückhaltend äussern und mich weniger um Kritik als um Lob bemühen. Solches ist in mancher Hinsicht gerechtfertigt. Der historisch Interessierte wird z. B. dem ersten Teil des Werkes, das auf den Ausgrabungsergebnissen der letzten 20 Jahre beruht, seine Anerkennung zollen, auch wenn sprachlich die Exkursionen der vier Bearbeiter Rageth, Ruoff, Clavadetscher und Bühler einige Zweifel setzen und punkto Lesbarkeit, Geschlossenheit und Darstellung die Qualität des Werkes von Simonett nicht erreichen. Das sind aber Mängel, die sich in erster Linie aus dem Umstand ergeben, dass das Gesamtwerk eben auf Einzelarbeiten beruht. Da es sich bei den Verfassern dieser einzelnen Abschnitte um Spezialisten ihres Faches handelt, sind Übergewichtigkeiten und Ungleichheiten, die der Gesamtdarstellung anhaften, leicht erklärlich.

Der erste Teilband behandelt die Zeit von den Anfängen bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, wobei die Darstellung der Epoche von ca. 1400 weg identisch ist mit jener, die schon den Inhalt des vom Calvenverlag vor 7 Jahren herausgegebenen zweiten Bandes bildete. Dazu ist kaum viel zu sagen, ausser dass einige Lücken von damals doch wohl geschlossen hätten werden müssen. So fehlt z. B. ein in sich geschlossener Abschnitt über die beiden Churer Mühlbäche, die für das Gewerbeleben der Stadt von eminenter Bedeutung waren und es heute noch

sind. Ausser den Mühlen hing der Betrieb zahlreicher Gewerbestätten von ihnen ab. Solches gelangt im Werk zu wenig zur Darstellung.

Neu ist der Stoff, welcher den zweiten Band behandelt. Auch in ihn teilten sich mehrere Bearbeiter. Dabei war der ihnen zur Verfügung stehende Raum von wenig mehr als 500 Seiten derart begrenzt, dass sie glaubten, sich mit einer reinen Sachgeschichte zufrieden geben zu müssen. Dadurch besitzt der Band den ähnlichen Charakter wie die verdienstvolle «Bündnergeschichte» von Pieth: auf kleinem Raum alles Wichtige der Vergangenheit mit dem Zweck der sachlichen Orientierung zur Darstellung zu bringen. Das ist an sich verdienstlich. Dem wahren Bedürfnis des modernen Lesers und Geschichtsfreundes wird ein solches Konzept jedoch nicht in vollem Masse gerecht. Der moderne Leser will aus der Vergangenheit für die Gegenwart Schlüsse ziehen, denn weitgehend ist die Gegenwart doch gewandelte Vergangenheit. So wäre es reizvoll gewesen, wenn der oder die Bearbeiter z. B. nachzuzeichnen versucht hätten, von welch schweren Wirren die politische Entwicklung des Stadtlebens seit 1830 begleitet war. Darüber findet sich im Werk kaum ein Wort.

Das Menschliche aber sollte in einer solchen Darstellung eines Gemeinwesens in voller Buntheit aufleuchten. Auch einer Nachzeichnung von Persönlichkeiten, die einst gestaltend wirkten und deren Spuren sich heute noch, wenn man ihrer Acht geben will, in reichem Masse finden, hätte viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen. Der in den achtziger und neunziger Jahren verdienstvolle und hochangesehene Mathäus Risch etwa, Churer Polizeichef, Stadtrat, Bürgermeister, Nationalrat, ein politischer

Kopf von grosser Ausstrahlung, der für das Churer Alpwesen und die Stadtentwicklung, für die Verschönerung des Stadtbildes und für das Soziale von grösster Bedeutung war, hätte im Werk eine viel grössere Berücksichtigung verdient, als mit seiner ganz kurzen Erwähnung als Mitintendant einer inzwischen längst verschwundenen Wohnkolonie. Gleich verhält es sich mit andern bedeutenden Köpfen, die ihrer Zeit und damit selbst der Gegenwart vieles gegeben haben. Eine moderne Geschichte muss eben auch darauf ausgerichtet sein, dem heutigen Leser die Augen für die geistigen Belange zu öffnen. Verfügte Chur nicht auch über ausgezeichnete Literaten und Lyriker, deren Werke Unvergängliches aufweisen? Das dürfte der Gegenwart nicht vorenthalten werden. Die Bedeutung eines Georg Luck, eines Adolf Attenhofer, eines Martin Schmid, um nur sie zu nennen, wäre nachzuzeichnen gewesen, und ihr Schaffen müsste nachvollzogen werden, denn sie nur mit einer kurzen Nebenbemerkung zu erwähnen, bringt nichts. Gleich verhält es sich mit den bedeutenden Köpfen aus der Architektur, der Industrie, der Wissenschaft usw. Der Geist der Vergangenheit müsste in einem solchen Werk aufleben, nicht nur ihre Fakten. Doch ist dies nur möglich, wenn der oder die Verfasser darum bemüht sind, diesem Geist nachzuspüren und ihn nachzuzeichnen. Solches ist nicht geschehen. Hierin liegen in dieser an sich verdankenswerten Arbeit bedauerliche Versäumnisse. Es ist im Grunde so, dass dieses moderne Werk junger Historiker einen Stil verfolgt, wie er den heutigen Anschauungen und Bedürfnissen nicht mehr gerecht wird.

Juli 1993

Plakate, Plakate

Jeder von uns, wenn er sich in das Gewimmel einer Stadt begibt und dabei seine Augen offen hält (was er ja tun muss, will er nicht vom Strassenverkehr überrollt werden), sieht sich von einem Wald von Reklametafeln

und -bildern umgeben. Sein Blick wird eingefangen von Bildern, Photographien und Sprüchen, die seine Aufmerksamkeit herausfordern. Sie belehren ihn über dieses und jenes, locken ihn an, versuchen ihn zu einem

Kauf, einer Bestellung, zu irgend etwas zu animieren, sei es zur Berücksichtigung einer bestimmten Käsesorte, eines Fernseherers oder was immer. Die Erzeugnisse dieser Reklamewellen sind mitunter gar nicht so übel, die Texte oft witzig und in unserm eher prosaischen Land gelegentlich sogar munter und fröhlich. Doch selten vermag eine solche Reklame vor unserm ästhetischen Empfinden zu bestehen. Was da jahraus, jahrein geboten wird, ist mit ganz wenigen Ausnahmen künstlerisch herzlich schlecht. Wenn ich mich an die früheren Zeiten erinnere, als ein Augusto Giacometti oder ein Alois Carigiet, ein Herbert Leupin usw. als Schöpfer von Plakaten in Erscheinung traten, so wird einem der heutige Abfall in die Banalität schmerzlich bewusst. Es ist nicht nur ein anderer Stil, der jetzt das Feld beherrscht, sondern es ist ohne Rücksicht auf ästhetische Belange einfach die Sucht nach Geltung, nach Erfolg, die das Plakatwesen beherrscht.

Schmerzlich ist, dass dieser Trend in die Zone der reinen Erfolgshascherei seit Jahren auch das staatliche und verwaltungsmässige Plakatwesen kennzeichnet. In früheren Zeiten wäre es rein undenkbar gewesen, dass staatliche Betriebe wie etwa die PTT, die SBB, das Gesundheitsamt usw. sich auf dem Gebiet des Plakatwesens gross bewegten. Die PTT stellt ja ohnehin keinen Fiskalbetrieb dar, soll also ihrem Wesen nach nicht einen finanziellen Erfolg erstreben, sondern gemäss ihrem Monopol Dienste vermitteln und dafür Gebühren erheben. Aber ihr heutiges Wirken verläuft gegenteilig. Kein privates Unternehmen kann sich nachgerade mit dem ungestümen Bestreben der PTT messen, sich auf dem Markt zu behaupten. Ihr Reklamewesen ist hemmungslos, marktschreierisch und kennt namentlich auf dem Gebiet ihres Fernmeldewesens und bei ihrem Bestreben, den

Banken bei der Geldvermittlung Konkurrenz zu machen, keine Grenzen. Das Niveau ihres Wirkens ist dementsprechend niedrig. Vor längerer Zeit stand ich auf der Churer Hauptpost einer offiziellen Aufschrift der PTT, die einen ihrer Briefkästen zierte, gegenüber. Sie frappierte mich in nicht kleinem Mass, denn sie lautete: «Haben Sie heute morgen schon geküsst?» Ich griff mir an den Kopf ob dieser amtlichen Einmischung in unser privates Leben und konnte es mir nicht verkreifen, am nächsten Schalter das Fräulein, das mich bediente, zu fragen: «Sie, Fräulein, hend Si hüt morgat schu küsst?» Völlig irritiert starrte mich das befragte Schalterfräulein an, worauf ich zu meiner Rechtfertigung auf den gegenüberliegenden amtlichen Briefkasten verwies, der die nämliche Frage ja an das anonyme Publikum richtet. Natürlich war meine Frage so unverschämt wie jene der PTT ans Publikum, und ich ward mir bewusst, dass ich als Postkunde das tiefe Niveau, dessen sich die PTT in ihrem Reklamewesen zu bedienen pflegt, nicht so bald wieder einnehmen möchte.

Überhaupt: was leistet sich denn unser gelber Riese auch sonst in seiner ungehemmten Erfolgsjägerei? Wie steht es denn beim Telephon mit seiner berüchtigten Nummer 156, die sie vergibt? Die Post weiss, dass es sich hierbei um reine Sex-Nummern handelt, darauf ausgerichtet, einer Vielzahl von Telephonbenützern ihre Sucht nach Erotik zu stillen. Die PTT benützt also die Unzucht zur Gewinnerzielung und verhält sich hierbei gar nicht so viel anders als der Hauseigentümer, der seine Logis an Prostituierte zu einem übersetzten Preis vermietet.

Und dann die SBB! Auch sie betreibt ein aufwendiges Reklamewesen, und zwar dies zur nämlichen Zeit, da sie ihre Dienste einschränkt und dadurch

an Attraktivität einbüsst. Dass ihre Reklamen ohne jeden künstlerischen Wert sind, sondern nichts anderes als schreiende Geschäftssucht widerspiegeln, verwundert nicht. Zudem bewegt sich manches in ihrem Tun an der Grenze des Lasziven. Ich stand unlängst vor einem ihrer mächtigen Plakate. Es wies das Antlitz einer lachenden Frau auf, die soeben von einem jungen Herrn einen Kuss empfängt. Text dazu: «Nicht nötig. Mein Chauffeur wartet auf Gleis 1 SBB.» Was soll das? Lediglich ein undurchsichtiger Witz? Oder ein Reiz zum Hinsehen? Oder will die SBB mit ihrem Spruch sagen, sie bediene ein gehobenes Publikum, das sich Privatchauffeure halten könne? Dummes Zeug so oder so.

Und dann die einfältige, provozierende Reklamemacherei unseres Gesundheitswesens für die Aidsprophylaxe! Ein Grossplakat mit dem Photo eines jungen Mannes, der sich wie folgt äussert: «Meinen Freundinnen bin ich selten treu, aber meinem Präservativ dafür immer.» Da wird also in völlig entstellter Weise behauptet, dass die jungen Männer von heute wahllos mit einer Vielzahl von Freundinnen intim verkehren und einzig darauf zu achten haben, immer ein Präservativ zu benützen. Welche Gesinnungslosigkeit gelangt dadurch zum Ausdruck! Die Begriffe von Anstand und Treue scheinen unseren Funktionären im Gesundheitsdienst fremd zu sein. Wenn ihre Reklame Ausdruck ihrer Gesinnung ist, verfügen sie über keine.

Es sind Fragen der Kultur, die sich uns im überwuchernden Reklamewesen stellen. Dass unsere Verwaltung die kulturellen Erfordernisse auch ihres offiziellen Reklamewirkens nicht zu beachten scheint, wirkt beängstigend.

Juli 1993